

## Es gilt das gesprochene Wort

---

### Andrea Lienhardt, SBK Sektion Bern

Vor knapp einem Jahr hat die Schweizer Stimmbevölkerung JA gesagt zur Pflegeinitiative. JA zu mehr Eigenständigkeit, JA zur Ausbildungsoffensive, JA zu besseren Arbeitsbedingungen, JA zu angemessener Entlohnung.

Die Bevölkerung hat längst begriffen, wie wichtig es ist, dass es uns Pflegenden gut geht. Die Berner Regierung hat das offenbar NICHT begriffen.

Ihr Entscheid ist nämlich wie ein Schlag ins Gesicht. Ein Teuerungsausgleich von 0.5 Prozent bei einer Inflation von 3.3 Prozent? Liebe Entscheidungstragende – DAS ist kein Teuerungsausgleich. DAS ist eine Lohnsenkung!

Und wir stecken mitten in einem Fachkräftemangel, der sich gewaschen hat! Nicht nur die Stellenausschreibungen in der Pflege häufen sich. Auch andere Branchen ächzen unter dem Fachkräftemangel. Es fehlen Lehrpersonen, die wir so dringend benötigen. Oder KiTa-Betreuungsfachpersonen! Ohne sie bleiben weitere Arbeitsplätze unbesetzt, weil die Eltern kein Betreuungsangebot für ihre Kinder finden.

Das sind unverzichtbare Berufe, die immer weniger Menschen ausüben wollen, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. So ist es auch bei uns, den Pflegenden.

Wir haben einen der schönsten Berufe der Welt. Wir lieben, was wir tun. Aber wir sind müde – und frustriert. Gerade weil wir unseren Beruf lieben. Es ist frustrierend, weil wir nicht so arbeiten können, wie wir es gelernt haben. Weil wir jeden Tag händeringend versuchen, allen Anforderungen gerecht zu werden. Weil wir jeden Tag Bedürfnisse von Pflegebedürftigen priorisieren müssen. Weil wir trotzdem jeden Tag Verantwortung übernehmen. Wir brennen aus! Und ihr wollt uns jetzt noch die Löhne kürzen?

300. So viele Pflegende haben in letzter Zeit PRO Monat ihrem Beruf den Rücken gekehrt. Sie wechseln nicht einfach die Stelle, sie gehen weg! Oftmals steigen sie ganz aus dem Gesundheitswesen aus. Und oft sind sie jung, haben kaum fünf Jahre in der Pflege gearbeitet. Die ganzen Ausbildungskosten IN DEN SAND GESETZT! Was hilft uns die Ausbildungsoffensive, wenn die Arbeitsbedingungen nicht besser werden? Unsere Arbeit ist körperlich und emotional sehr anspruchsvoll. Wir arbeiten im Schichtbetrieb, Tag und Nacht, an Feiertagen, Wochenenden. Dienstpläne ändern im Wochentakt. Und wenn wir dann mal frei haben, kommt der Anruf, ob wir nicht einspringen könnten. Es ist ein Teufelskreis. Ja, und dann gehen einige von uns.

Was auf diesen Pflege-Exodus folgt, wissen wir seit spätestens diesem Jahr alle: Spitäler, Kliniken und Heime schliessen laufend Betten, Patient\*innen müssen abgewiesen werden. Hilferufe über schlechter werdende Pflegequalität und unsichere Pflege kursieren in den Medien.

Wo soll das alles hinführen? Liebe Berner Regierung: Wann wacht ihr auf und überdenkt eure Prioritäten? Wollt ihr wirklich die Versorgungssicherheit gefährden? Wollt ihr zusehen, wie noch mehr gut ausgebildete Fachpersonen das Handtuch werfen? Wollt ihr wirklich, dass die Lohnschere noch grösser wird?

Applaus reicht nicht! Jetzt ist es an der Zeit, dass etwas unternommen wird! Was wir brauchen, sind keine Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, sondern spürbare positive Veränderungen!

Und aus diesem Grund gibt es nur Eines – Preise rauf – Löhne rauf!  
Wir fordern eine Anpassung des Teuerungsausgleichs und zwar jetzt!

## **Es gilt das gesprochene Wort**

---

### **Redebeitrag Adrian Wüthrich, Vertreter BSPV / PVBK**

Ich frage mich: Haben die Kantonsangestellten in der Meinung des Regierungsrates eine Möglichkeit anders einzukaufen als die gesamte Bevölkerung? Haben wir eine bernische Nationalbank, die gegen die hohe Teuerung vorgeht? Nein, die Preise gehen für alle rauf! Auch im Kanton Bern, auch für das Staatspersonal. Und eben auch für die Mitarbeitenden der Kantonspolizei Bern, dessen Verband – der Polizeiverband Bern-Kanton PVBK – der grösste Unterverband des Bernischen Staatspersonalverbandes BSPV ist. Als PVBK-Präsident freut es mich hier die Haltung des BSPV zu vertreten. Die Kurzfassung: «Löhne rauf!».

Wie jedes Jahr fordert der BSPV individuelle Lohnerhöhungen von 1.5%, damit ein regelmässiger Lohnanstieg ermöglicht wird. Die 1.5% sind in den letzten Jahren nicht gross bestritten gewesen. Der Regierungsrat und der Grosse Rat haben meistens die 1.5% gewährt, was wichtig ist für die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber, damit eben im Lohnsystem keine Delle entsteht. Diese Dellen sollten unbedingt vermieden werden, weil das Problem der Lohndifferenz nur auf später verschoben wird. Oder anders gesagt: Sparen auf dem Buckel der Staatsangestellten! Dagegen setzen wir heute ein Zeichen. Wir wollen nicht wieder für ganze Generationen der Kantonsangestellten und der kantonsnahen Betrieben Lohndellen, Lohnrückstände! Wir wissen zudem: Die Lohnerhöhungen sind auch wichtig für die Pensionskasse, basieren alle Berechnungen seit dem Primatwechsel 2015 auf dieser Lohnerhöhung. Steigen die Löhne also nicht, sind auch anständige Renten in Frage gestellt.

Wenn der Regierungsrat dem Grossen Rat 2.0% Lohnmassnahmen, inkl. Rotationsgewinne von 0.8%, vorgeschlagen hat, bleiben nebst den individuellen Lohnerhöhungen von 0.7% noch 0.5% für die Teuerung übrig. Das ist natürlich viel zu wenig, ja viel zu wenig und daher hat der BSPV aktiv mitgeholfen, die heutige Platzkundgebung zu organisieren. Ich wiederhole: 0.5% Teuerungsausgleich ist viel zu wenig. Weil eben die Preise auch für das Staatspersonal rauf gehen. 0,5% sind bei einer Teuerung von 3.0% ein Kaufkraftverlust von 2,5%! Deshalb: Löhne rauf!

Wir fordern den vollen Teuerungsausgleich – das sind aktuell rund 3 Prozent - allenfalls auch verteilt auf zwei Jahre. Die Mitarbeitenden des Kantons dürfen mittelfristig keine Kaufkraftverluste erleiden. Das wäre ein schlechtes Zeichen, zumal sich auch viele Gemeinden und kantonsnahe Organisationen den Lohnmassnahmen des Kantons anpassen. Die höheren Löhne werden auch mehr Kantonssteuern bringen – der Kanton soll deshalb als Arbeitgeber seine Verantwortung – auch seine volkswirtschaftliche Verantwortung - wahrnehmen und als gutes Beispiel vorangehen.

Das bernische Kantonspersonal hat wie andere Mitarbeitende auch in der Coronazeit einen herausfordernden Job gemacht. Man denke nur an all die Gesuche für Coronakredite. Das ging nur mit einem zusätzlichen Effort. Oder an die Polizistinnen und Polizisten an den Corona-Demonstrationen. Als Vertreter des Staates haben alle Angestellten ihre Aufgaben wahrgenommen. Wir haben gesehen wer, systemrelevant ist. Auch das Staatspersonal ist es! Und jetzt soll nicht einmal annähernd die Teuerung ausgeglichen werden? Das geht gar nicht! Es ist ein Affront gegenüber den Mitarbeitenden!

Es geht auch anders: Diverse Kanton kennen einen automatischen Lohnanstieg gemäss der Teuerung, teilweise mit einer möglichen Ausnahmeregelung: Basel-Stadt, Genf, Neuenburg, Tessin, Wallis und Zürich. So hat der Zürcher Regierungsrat am 21. September in diesem Jahr beschlossen, dass dem Kantonspersonal eine Teuerungszulage von 3.5% ausgerichtet wird. Von dem kann das bernische Kantonspersonal nur träumen.



Trotz bernischer Bescheidenheit: Die Preise gehen rauf, deshalb fordern wir den Grossen Rat und den Regierungsrat auf, das Budget um die nötigen Lohnmassnahmen massiv aufzustocken, damit wir die Teuerung ausgeglichen haben. Wir werden sehen, wer am 5. Dezember im Grossen Rat unser Anliegen unterstützt und wer nicht möchte, dass der Kanton noch mehr Personal verliert. Ich sage nur: Grosse Rat bessere massiv nach! Massiv! Löhne rauf!

Im Namen des BSPV danke ich Euch für die grosse Unterstützung!

## Es gilt das gesprochene Wort

---

### Rebekka Friedli, VPOD Städte, Gemeinden, Energie

Ich begrüsse euch von meiner Seite und im Namen des VPOD und Dank euch, dass Ihr alle hier auf den Waisenhausplatz gekommen seid, um für einen volle Teuerungsausgleich hinzustehen.

Ich arbeite als Fahrdienstangestellte bei den Städtischen Verkehrsbetrieben Biel. Vielleicht fragen ihr, warum ich heute zu euch rede. Der Kanton Bern vergibt Leistungsaufträge im Öffentlichen Verkehr. Diese Verträge werden alle zwei Jahre abgeschlossen.

Nach der Pandemie sind die meisten Leistungserbringer wie Bernmobil oder die Verkehrsbetriebe von Biel quasi blank. Im Frühsommer wurde klar, dass wir eine hohe Teuerung erhalten, die die Verkehrsbetriebe stark belasten werden. Der Kanton wurde um Unterstützung und eine Verbesserung der Abgeltung gebeten. Der Kanton hat den Verkehrsbetrieben verboten, bei den Lohnerhöhungen über 1,2 Prozent zu gehen, bei einer Teuerung von 3 Prozent. Da fehlen bei einem Monatslohn von 5'500 Franken brutto 100 Franken Kaufkraft und fürs Jahr 1'300 Franken.

Das bedeutet für viele Familien das Ferien oder Ausflüge nicht mehr drin liegen. Bei den tieferen Einkommen werden sie bei der Kleidung und beim Essen sparen müssen. Damit die Kinder nichts mitbekommen oder beim nächsten Schulausflug sind die Kinder einfach krank.

Zur Erhaltung der Kaufkraft muss der Lohn der Teuerung angepasst werden. Also wenn Preise raufgehen, müssen auch die Löhne rauf.

Diese Haltung teilen heute auch viele Wirtschaftsverbände. Ein Beispiel dafür ist Roland Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes. Am Dienstag, 24. Oktober, sagte er in «10vor10» sinngemäss Folgendes: Die Arbeitgeber würden grundsätzlich den Teuerungsausgleich unterstützen, damit die Arbeitnehmenden sich die höheren Preise leisten können. Davon nimmt Roland Müller nur jene Unternehmen aus, für die der Teuerungsausgleich aus krisenbedingten Gründen finanziell nicht verkraftbar wäre.

Der Kanton Bern nötigt willkürlich und aus unserer Sicht rechtswidrig die Firmen, den Teuerungsausgleich nur zu einem kleinen Teil zu gewähren. Den Teuerungsausgleich auf eigener Kraft zu stemmen ist für die Firmen im ÖV nicht verkraftbar. Das ist die Bankrotterklärung aller marktwirtschaftlichen Elemente im ÖV vom Kanton Bern. Zu Lasten des Fahrpersonals und der anderen Kolleginnen und Kollegen unserer Betriebe.

Ich danke euch für eure Unterstützung.

## Es gilt das gesprochene Wort

---

Rede Kim Niederer, Bildung Bern

Autismusspektrumsstörung, Aufmerksamkeitshyperaktivitätsdefizit, Diskalkulie, Nachteilsausgleich, Kindsdepression, Gewaltprävention, Medienprävention, Rassismus, Sexismus, Trauma, Sprachentwicklungsstörung, Integrative Förderung, Drohneneltern, Ubooteltern, Hochbegabte, Hochsensitive, Erziehungsberatung, Berufswahl, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, Corona, Krieg, Flucht, Energiekrise.

Herzlich willkommen im Berufsalltag einer Lehrperson.

Bienvenue dans le quotidien d'une enseignante/ d'un enseignant.

Als junge Lehrerin bin ich mit vielen der erwähnten Herausforderungen noch relativ frisch im Kontakt und bin doch bereits sattelfest. Vor 4.5 Jahren habe ich im Beruf angefangen, im Einsatz als studierende der PH Bern. Verfrühter Berufsstart durch Fachkräftemangel. Direkt als Klassenlehrperson.

Verstehen Sie mich nicht falsch, ich liebe meinen Beruf. So sehr, dass ich trotz 4vierfach Bruch und verdrehtem Finger durch ein Fangisspiel in der Sportstunde die restlichen 20 Minuten trotzdem fertig mache. Es geht ja schon irgendwie.

Es geht immer irgendwie. Es muss.

Coronapandemie: Obwohl man selbst schon genug Stellenprozente hat, übernimmt man bei Ausfällen zusätzliche Lektionen und passt sich den Umständen immer wieder neu an. Mä machts z ga. Ça va aller.

Ukrainekrieg und damit verbundene Ängste der Kinder. Mä machts z ga. Ça va aller!

Ukrainekrieg und damit verbundene Flüchtlingskinder. Mä machts z ga, Ça va aller.

Existenzkrisen und emotionale Belastung bei Eltern und Kindern: Ça va aller. Mä machts z ga.

Prekärer Lehrpersonenmangel, Fachkräftemangel und damit einhergehende Herausforderungen seit Jahren. Ça va aller.

Die SBB lassen Verbindungen ausfallen, das Restaurant schliesst einen Tag pro Woche wegen fehlender Fachkräfte.

Egal in welchem Berufsfeld, das heute anwesend ist.

Stellen Sie sich vor, wir lassen ausfallen.

Que ce soit pour l'une ou l'autre des professions qui sont présentes aujourd'hui sur cette place. Imaginez qu'on laisse tout tomber!

Unmöglich, impossible. Im Bildungsbereich geht es um gute Bedingungen der Lernenden und nicht einfach um einen staatlichen Hütedienst! Wir alle sind hier, weil uns unser Beruf wichtig ist. Und wir engagieren uns mit Herzblut. Dabei steht im Zentrum: die Lernenden motivieren, begeistern, begleiten, bewegen, zum Denken anregen, zum Handeln und zur Selbstständigkeit ermutigen, trotz all den Krisen positiv bleiben, eigene Sorgen und Ängste auf die Seite schieben und mit Engagement unterrichten. Denn das ist unser Job. Trotz allem ein fantastischer Job.

Dass Politikerinnen und Politiker uns in diesen herausfordernden Zeiten den angemessenen Ausgleich zur Jahreststeuerung nicht gewähren wollen, ist nicht nachvollziehbar.

Der Gehaltsaufstieg nach Berufserfahrung darf nicht angetastet werden und der volle Teuerungsausgleich muss eine Selbstverständlichkeit sein. Unser unermüdlicher Einsatz ist es ja auch. La difference - elle est évidente, si notre salaire est augmenté de 200 ou de 30 francs. Ob der Kanton mich als Ausgleich für die steigenden Preise mit 200 oder 30 Franken mehr pro Monat entlohnt, macht einen wesentlichen Unterschied. Nur motivierte Lehrpersonen können gut unterrichten, tägliches Engagement aufbringen und die Bildungsqualität sichern. Bildung ist unsere wertvollste Ressource. L'éducation est notre ressource la plus précieuse. Wenn die Belastung zu gross ist, leiden alle. Der Teuerungsausgleich ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung und der Bedeutung des Personals in allen Bereichen. Wir sind fundamental wichtig. Wir sind systemrelevant. Nous sommes fondamentalement importants pour le system. Grâce à nous, ça va toujours aller! Mir makes tägliche z ga. Liebi Grossrätin u Grossrät: Machet dirs o z ga! Es geit um Biudigsqualität. Nous voulons donner l'exemple, mir setze es Zeiche! Danke stöt dir da. Merci. Merci d'être présents aujourd'hui.

Kim Niederer, Bern, 18.11.2022